

Anti-Nazi-Initiativen im Fokus? Die “Extremismus-Debatte” und ihre Folgen

- > Durchgestrichene und zerschlagene Hakenkreuze auf seinen Verkaufsartikeln brachten dem Onlineversand “Nix Gut” Verurteilung, Durchsuchung und Beschlagnahme ein - wegen vermeintlichen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen.
- > Die Initiative “Aktion Noteingang” signalisiert mit öffentlichen Aufklebern, wo Opfer rassistischer Übergriffe Schutz finden können. Der Bürgermeister von Mittweida empfand dies als “Nestbeschmutzung“ und versuchte, über den örtlichen Gewerbeverein das Anbringen der Aufkleber zu boykottieren.
- > Der Aufruf zu gemeinsamen Blockaden aller demokratischen Kräfte gegen den größten Nazi-Aufmarsch Europas am 13.2.2010 in Dresden kam für die Staatsanwaltschaft Dresden einer Aufforderung zu Straftaten gleich.

Die Beispiele ließen sich fortsetzen. In den beiden erstgenannten Fällen konnte der Diffamierung Einhalt geboten werden. Über das weitere Vorgehen der Staatsanwaltschaft Dresden gegen den Blockadeaufruf und die Blockierer besteht noch Unklarheit. Jedenfalls kosten solche Auseinandersetzungen wertvolle Zeit, Kraft und ggf. auch Geld, das besser in eine konzentrierte Arbeit gegen Rechtsextremismus investiert wäre.

Auch die aktuellen Maßnahmen der Bundesregierung in Bezug auf Anti-Nazi-Aktivitäten erregen Besorgnis. So will Familienministerin Kristina Schröder die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus umgestalten und auf gleicher Ebene auch Linksextremismus und Islamismus in den Fokus nehmen. Hier befürchten die zivilgesellschaftlichen Projekte gegen Rechtsextremismus, dass dies finanziell zu ihren Lasten geht. Die Absicht der Ministerin, geförderte Initiativen einer Regelüberprüfung durch den Verfassungsschutz zu unterziehen, stellt deren demokratische Reputation in Frage und bringt sie automatisch in eine Verteidigungshaltung. Dazu kommt die offensichtliche Unklarheit der Bundesregierung darüber, was der Begriff „Extremismus“ beinhaltet. Welche Initiativen gegen Linksextremismus wird sie fördern? Dem “Bündnis für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt” gelang es trotz monatelanger Recherche nicht, seriöse Projekte gegen extrem Linke in Deutschland zu identifizieren.

Anti-Nazi-Initiativen brauchen breite Unterstützung und Solidarität, um sich extrem rechten Gegnern der Demokratie entgegenzustellen. Darüber hinaus müssen rassistische, antisemitische und alle anderen menschenverachtenden Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft (einschließlich staatlicher Strukturen) offen thematisiert werden. Gerade Kritik am Handeln des Staates gerät häufig unter den Verdacht, (links)extrem zu sein. Diese Abwehrhaltung verhindert konstruktive inhaltliche Auseinandersetzungen über Problembereiche, wie beispielsweise institutionellen Rassismus im Umgang mit AsylbewerberInnen oder unangemessene polizeiliche Repression auf Anti-Nazi-Demonstrationen.

Wir wollen das Bund-Länder-Treffen nutzen, um uns differenziert und ohne Tabus auszutauschen über die Facetten der “Extremismus-Debatte” und die Frage, ob es bereits praktische Folgen für Justiz, Polizei und Zivilgesellschaft gibt.

Dabei sollen besonders folgende Fragestellungen behandelt werden:

- Was ist Extremismus? Ist der Begriff geeignet zur Problembeschreibung in der Demokratie?
- Wie lassen sich Links- und Rechtsextremismus beschreiben und welche Folgen ergeben sich daraus für staatliches Handeln?
- Stellt Linksextremismus heute ein gesamtgesellschaftliches Problem in Deutschland dar?
- Welche Kriterien müssen erfüllt sein, um Protesten die Verortung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung abzusprechen?
- Wie sind die aktuellen Bewertungen und Bestrebungen der Bundesregierung zu beurteilen? Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Initiativen?
- Mit welchen praktischen Problemen im Umgang mit Links- und Rechtsextremismus sind Justiz, Polizei und Initiativen konfrontiert?

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, an dem Treffen teilzunehmen und ihre Ansichten in die Debatte einzubringen!

Tagesordnung:

- 12.00 Begrüßung und Vorstellungsrunde
(Monika Lazar MdB, Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus)
- 12.30 Situationsbeschreibung aus Sicht der Bundespolitik
(Monika Lazar und Wolfgang Wieland MdB, Sprecher für innere Sicherheit)
- 12.45 Wo beginnt Extremismus? Debatte um den Extremismusbegriff
(Miro Jennerjahn, MdL Sachsen, zuvor Projektkoordinator beim Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. Wurzen)
- danach erster Austausch
- 13.45 Pause
- 14.00 Blick in die Polizeipraxis rund um Rechts- und Linksextremismus
(Peter-Michael Haebeler, Leitender Kriminaldirektor, Leiter des LKA Berlin)
- 14.30 Beitrag aus zivilgesellschaftlicher Sicht
(Eiko Kühnert, Gruppe 468 in Colditz)
- danach Diskussion
- 15.15 Vorstellung Kampagne "Kein Ort für Neonazis" zur Landtagswahl 2011
in Mecklenburg-Vorpommern
(Anne-Rose Wergin, Amadeu-Antonio-Stiftung)
- 15.30 Sonstiges, z.B. Ideen fürs nächste Treffen
- 15.50 Schlusswort
(Monika Lazar)
- 16.00 Ende der Veranstaltung